ministerium Oberstlieutenant Sachse und Major Hentschel, sowie Geh. Justizrat Kurtz.

Se. Majestät der König werden Allerhöchstsich morgen Sonntag, vormittags 11 Uhr 20 Minuten, mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge zum Besuche Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheiten des Erzherzogs und der Frau Erzherzogin Otto nach Prag begeben. In der Allerhöchsten Begleitung wird sich der Königl. Flügeladjutant Oberstlieutenant Wildorf befinden. Die Rückkehr des Monarchen erfolgt voraussichtlich am Montag abend.

Dresden, 18. März. Das am 16. d. Mts. herausgegebene 7. Stück des Reichsgesetzblattes enthält das Gesetz, die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung betreffend.

Berlin, 17. März. Se. Majestät der Kaiser beehrten gestern den Herrenabend beim Kaiser Franz Gardegrenadierregiment Nr. 2 im Offizierskasino mit Allerhöchstseiner Gegenwart. — Heute morgen begaben Sich Se. Majestät nach dem russischen Botschafterpalais, um den heute früh von St. Petersburg angekommenen Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch von Rußland zu begrüßen. Später fuhren Se. Majestät zur Besichtigung der Offizierreitstunden nach Potsdam. Nach dem Schluß der Besichtigung entsprachen Allerhöchstderselbe einer Einladung des Offiziercorps des Leibgardehusarenregiments zur Frühstückstafel.

— Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Reichs den Oberlandesgerichtsrat bei dem gemeinschaftlichen thüringischen Oberlandesgericht Reichardt in Jena zum Reichsgerichtsrat ernannt.

— Se. Kaiserl. Hoheit der Großfürst Konstantin Konstantinowitsch von Rußland traf auf der Durchreise heute früh aus St. Petersburg kommend in Berlin ein und wurde bei der Ankunft vom russischen Geschäftsträger und den Mitgliedern der Botschaft auf Bahnhof Friedrichstraße empfangen und nach der russischen Botschaft geleitet, woselbst der Großfürst während seines mehrstündigen Aufenthalts Wohnung nahm. — Am Vormittage statteten Se. Majestät der Kaiser dem Großfürsten in der Botschaft einen längeren Besuch ab, und später empfing der Großfürst auch noch die Besuche anderer Höchster Herrschaften. Am Nachmittage begab sich der Großfürst ins hiesige Schloß, um daselbst Ihre Majestät die Kaiserin zu begrüßen. Um 3 Uhr hat der Großfürst mit seiner Begleitung dann Berlin wieder verlassen und seine Reise zunächst nach Weimar fortgesetzt.

— Der kommandierende General des Gardecorps, General der Infanterie Frhr. v. Meerscheidt-Hüllessem feiert am 21. d. M. sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Geboren am 15. Oktober 1825 zu Berlin, trat er 1843 beim damaligen 21. Infanterieregiment ein. Als Compagniechef im 64. Regiment versetzt, nahm er mit Auszeichnung im Kriege gegen Dänemark an dem Sturm auf die Düppeler Schanzen teil; als Major und Bataillonskommandeur im 4. Ostpreußischen Grenadierregiment Nr. 5 focht er mit dem I. Armeecorps in Böhmen, und als Führer des 5. Ostpreußischen Infanterieregiments Nr. 41 war er im französischen Feldzuge an den Schlachten vor Metz und im nördlichen Frankreich beteiligt. Im Jahre 1886 an die Spitze des V. Armeecorps in Posen gestellt, wurde er 1888 zum General der Infanterie befördert und kurz darauf als Nachfolger des Generalobersten der Infanterie v. Pape zum kommandierenden General des Gardecorps ernannt. Außer den für Auszeichnung vor dem Feind erworbenen Dekorationen, sowie vielen anderen preußischen und fremdherrlichen Orden, besitzt der Jubilar auch den hohen Orden vom Schwarzen Adler mit der Kette.

— Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben: Seit einigen Tagen ist in den Blättern die Rede davon, daß mehrere in höheren Kommandostellen sich befindende Offiziere um ihren Abschied eingekommen seien. Dem Vernehmen nach soll sich unter der Zahl jener hohen Offiziere auch der kommandierende General des 7. Armeecorps v. Albedyll befinden, ebenso der in Bromberg stehende Generallieutenant v. Albedyll, ferner der Generalmajor v. Heydwolf (Braunschweig), der Kommandeur der 22. Division, Generallieutenant v. Goetze, endlich der Gouverneur von Köln, Generallieutenant v. Schkopp.

— In der am 16. d. Mts. abgehaltenen Plenarsitzung erteilte der Bundesrat, wie schon erwähnt, dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten, die Zustimmung. Den zuständigen Ausschüssen wurden zur Vorberatung überwiesen: die Vorlage, betreffend den Beitritt der Niederlande zu der Übereinkunft bezüglich der zollsicheren Einrichtung der Eisenbahnwagen im internationalen Verkehr, der Entwurf eines Nachtrags zu der Vereinbarung erleichternder Vorschriften mit Österreich-Ungarn für den wechselseitigen Eisenbahnverkehr rücksichtlich der bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Gegenstände, und der Antrag des Reichskanzlers wegen der Neuwahl und Berufung nichtständiger Mitglieder des Reichsversicherungsamtes aus dem Stande der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Dem Gesuch eines russischen Arztes um Zulassung zur ärztlichen Prüfung beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Mehrere Eingaben, betreffend den zollfreien Einlaß von Petroleum und Petroleumprodukten zu gewerblichen Zwecken, wurden dem Reichskanzler überwiesen. Den Vorsitz führte zunächst der Staatssekretär des Innern, Dr. v. Boetticher, sodann im weiteren Verlauf der Sitzung nach eingetretener Behinderung des Staatssekretärs v. Boetticher der Gesandte Graf v. Lerchenfeld-Koefering.

— Nach den Beschlüssen des Reichstags zweiter Lesung ist der Reichshaushaltsetat für 1893/94 in Einnahme und Ausgabe um 16,3 Millionen herabgesetzt worden. Er balanciert nunmehr statt mit 1 273,9 Millionen mit 1 257,6 Millionen. Die Abstriche bei den fortdauernden Ausgaben betragen 881 237 M. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats weisen eine Erhöhung um 456 337 M. auf. Es sind in diesem Etatsabschnitte bedeutende Abstriche vorgenommen worden, jedoch sind in denselben 3 Millionen für Erweiterung eines Artillerieschießplatzes aus dem außerordentlichen Etat übergeführt. Die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats sind um 15 925 060 M. gekürzt worden. Diesen Kürzungen entsprechend, ist die Anleihesumme im Anleihegesetz auf 130 228 147 M. festgestellt worden.

— Nachdem die Entscheidungen der Schiedsgerichte für Invaliditäts- und Altersversicherung und ihrer Vorsitzenden in Kostenfragen wiederholt zu Beschwerden geführt haben, auch häufig von den Schiedsgerichtsvorsitzenden und den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Anfragen und Ersuchen um Belehrung auf dem hier in Frage kommenden Gebiet an das Reichsversicherungsamt gerichtet sind, hat das letztere an die Vorsitzenden dieser Schiedsgerichte ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es Grundsätze betreffend die in der Berufungsinstanz ergehenden Entscheidungen in Kostenfragen aufstellt.

— Wie die Wiener „Pol. Corr." meldet, unterzeichneten heute der deutsche Botschafter Prinz Reuß und der serbische Gesandte Simic in Wien ein Protokoll betreffend die Verlängerung des deutsch-serbischen Handelsvertrags und der Markenschutzkonvention bis zum 30. Juni.

— Die konservativen Abgg. Frhr. v. Friesen, Frhr. v. Hammerstein und Dr. Mehnert haben im Reichstage mit Unterstützung von 26 ihrer Fraktionsgenossen den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird.

— (Conf. Corr.) Der Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Buol-Berenberg äußerte in der Donnerstagssitzung der Militärkommission des Reichstages, „Graf v. Mirbach habe sogar, den Zeitungen nach, in Dresden erklärt, daß die Konservativen nur für die Militärvorlage stimmen würden, wenn sie Kompensationen auf landwirtschaftlichem Gebiete erhielten." Das ist nicht richtig. Graf v. Mirbach äußerte sich vielmehr in gerade entgegengesetztem Sinne folgendermaßen: Die konservative Partei dürfe nicht den Standpunkt einnehmen, um die Militärvorlage und ihre Bewilligung zu feilschen und Aequivalente auf anderen Gebieten dafür zu verlangen. So schwer die Opfer seien, die die Militärvorlage fordert, seien die Konservativen doch gewillt, sie voll und ganz zu bewilligen unter der Voraussetzung, einmal, daß an dem verfassungsmäßigen Bestimmungen nicht gerüttelt, und dann, daß das von den verbündeten Regierungen als unerläßlich Geforderte hinsichtlich der numerischen Verstärkung des Heeres bewilligt werde. Andernfalls sei die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine Abminderung unserer Wehrkraft. Die konservative Partei verkenne nicht die dem Lande dadurch auferlegten schweren Opfer; wo es sich jedoch um die Existenz des Vaterlandes handle, müßten diese vollkommen in den Hintergrund treten. Die konservative Partei habe ihre Beschlüsse in den Parlamenten niemals von Versprechungen, die ihr auf anderen Gebieten gegeben werden, abhängig gemacht, am wenigsten sei dieser Weg aber bei einer Militärvorlage gangbar. Wenn Frhr. v. Buol sich bei seiner unrichtigen Behauptung auf Berichte von Zeitungen beruft, so ist auch dies nicht ganz zutreffend. Die unrichtige Lesart ist vielmehr nur von einer Zeitung und zwar von einer freisinnigen Zeitung verbreitet worden, hinsichtlich welcher bekannt ist, daß deren Berichte aus gegnerischen Lagern nicht immer Korrektheit, wohl niemals Objektivität zeigen. Frhr. v. Buol, dem diese Tatsache zweifelsohne aus eigenen Erfahrungen bekannt ist, würde gut gethan haben, sie auch diesmal in Betracht zu ziehen und, bevor er so schwere Vorwürfe gegen die konservative Partei richtete, sich aus anderen Blättern zu überzeugen, ob ihn die Lesefrucht aus einem freisinnigen Organ zu seiner Behauptung — die ohnedies schon allein durch die in Dresden angenommene Resolution widerlegt ist — vor der Militärkommission berechtige. (Vergl. auch den Bericht in Nr. 59 des „Dresdner Journals").

— Gerade acht Tage ist es her, seit in der Fraktionssitzung der Deutschfreisinnigen die „Einmütigkeit" der Partei in Sachen der Militärvorlage wieder hergestellt wurde. Wir bemerkten schon damals, leicht könne dieser Erfolg nicht erzielt sein, da man, um ihn herbeizuführen, mehr als drei Stunden hatte verhandeln müssen. Inzwischen ergiebt sich, daß es auch mit der Vollständigkeit des Erfolges seine Bedenken hat. Nach seinen Auseinandersetzungen in der Militärkommission mit dem Abg. Richter war der Abg. Hinze in der „korrekten" Freisinnspresse vielfach getadelt worden; so war auch in einem Blättchen seines Wahlkreises von Mißstimmung der Wähler ꝛc. die Rede gewesen. Darauf antwortet Hr. Hinze durch einen in demselben Blatte veröffentlichten „offenen" Brief, in dem es heißt:

„Ich tröste mich mit dem Bewußtsein, durch ernste und anhaltende Arbeit zu einer besseren Erkenntnis der Bedeutung der Militärvorlage in ihren einzelnen Teilen und in ihrem endschließlichen Zwecke gekommen zu sein, als vor meinem Eintritte in die Militärkommission. Der hieraus entstandenen Überzeugung habe ich offenen, ehrlichen und begründeten Ausdruck gegeben. Wenn ich nun in dieser meiner Ueberzeugung mich nicht im Einklange befinde mit einem Teile meiner parlamentarischen Fraktionsgenossen, so befinde ich mich doch in vollstem Einklange mit dem Programm der deutschfreisinnigen Partei, auf welches hin ich die Ehre hatte, mich um das Mandat des Wahlkreises zu bewerben und das eine auch zu erhalten. Der Artikel 1 des Programms vom 5. März 1884 lautet:

„Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes; volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit; Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb der Legislaturperiode."

Aus dem Rahmen dieses Programms, zu dessen strengster Innehaltung ich meinen Wählern gegenüber verpflichtet bin und bleibe, bin ich auch nicht um einen Haares Breite herausgetreten. Innerhalb dieses Programms muß ich für mich, als Abgeordneten, das Recht freier Bewegung in Anspruch nehmen dürfen."

Das „Berl. Tagbl.", welches doch sicherlich ein demokratisches Blatt ist, meint dazu: „Gewiß, eine würdige Antwort auf jene Klätsereien, denen wir selbst in freisinnigen (!) Organen begegneten, und die in dem Satze gipfelten, daß Hr. Hinze sich mit seinem Verhalten in der Kommission „außerhalb der freisinnigen Partei" gestellt habe. . . . Freisinnig mit Ausrufungszeichen im „Berliner Tageblatt" ist nicht übel — inzwischen aber darf festgestellt werden, daß „große und vornehme" Blätter des Deutschfreisinns immer noch auf seiten des Hrn. Hinze stehen und verabsäumen, an der Richterschen Fraktionseinmütigkeit teilzuhaben. (N. A. Z.)

— Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen hat in seiner am 15. März dieses Jahres stattgehabten Ausschußsitzung betreffs der Militärvorlage folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes nur bei gewährleistetem Frieden in wünschenswerter Weise gedeihen können;

in Erwägung, daß der europäische Friede nur dann gesichert erscheint, wenn Europa in seiner Mitte einen großen, einheitlichen und so starken Staat hat, daß jeder Angriff auf denselben nach wie vor aussichtslos sein muß;

in Erwägung, daß Deutschland diese Stellung nach sachmännischem Urteil nur durch ein genügend verstärktes und verjüngtes Heer sich erhalten kann;

in endlicher Erwägung, daß auch die schwersten finanziellen Opfer nicht gescheut werden dürfen, um Deutschland diese Stellung zu sichern und dadurch das kostbarste Gut, den Frieden, zu erhalten:

erachtet der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" die Ablehnung der Militärvorlage für eine schwere Gefährdung des Landes und beschließt deshalb, an den hohen Reichstag das dringende Ersuchen zu richten, er wolle betreffs der zur Sicherung des Landes notwendigen Verstärkung und Reorganisation des Heeres tunlichst bald eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen herbeiführen."

— Am 16. d. Mts. ist im Reichsjustizamt eine Kommission von Sachverständigen aus Handels- und Schifffahrtskreisen zur Beratung von Grundzügen eines Gesetzes über die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt zusammengetreten. Außer Vertretern der beteiligten Ressorts nehmen an den Beratungen teil die Herren: Aders, Mitglied der Handelskammer in Hamburg, Arnholt, Kommerzienrat in Berlin, Dr. Boisselier, Syndikus der Handelskammer in Bremen, Bumke, Direktor der Schleppschiffahrtsaktiengesellschaft in Bromberg, Collenbusch, Kommerzienrat in Dresden, Dr. Hatzbek, Syndikus der Kaufmannschaft in Magdeburg, Heuser, Vorsitzender der Handelskammer in Köln a. Rh., Dr. Landgraf, Syndikus der Handelskammer in Mannheim, Lerog, Direktor der preußisch-rheinischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Köln, Lindenmayer, Direktor der bayerisch-pfälzischen Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft in Ludwigshafen a. Rh., Melchers, Direktor der Reedereigesellschaft, H. A. Disch, Mitglied der Handelskammer zu Mainz, Philippi, Direktor der Aktiengesellschaft „Kette" in Dresden, Stoecklein, Schiffsbesitzer und Spediteur in Bamberg, Stroehler, Eisenbahn- und Schifffahrtsdirektor a. D. in Berlin, Tonne, Schiffsreeder, Hauptmann a. D. in Magdeburg, Ulrich, Generalsekretär des internationalen Transportversicherungsverbandes und Direktor des Germanischen Lloyd in Berlin. Die Verhandlungen werden in Vertretung des erkrankten Staatssekretärs des Reichsjustizamts von dem Direktor in diesem Reichsamt Gutbrod geleitet; sie werden, dem „Reichsanz." zufolge, voraussichtlich noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

* **Wien**, 17. März. Se. Majestät der Kaiser ist gestern von der zum Besuche der Kaiserin nach Territet unternommenen Reise nach Wien zurückgekehrt. Der Kaiser, Allerhöchstwelcher inkognito reiste, hatte sich jeden Empfang verbeten. Dagegen hatte die Bevölkerung die Rückkehr des Kaisers benützt, um demselben eine spontane herzliche Kundgebung zu bereiten. Vor dem Bahnhofe und auf der Mariahilfer Straße hatten sich Tausende von Menschen eingefunden, welche den Kaiser bei seiner Ankunft mit begeisterten Hochrufen begrüßten. — Der Rücktritt des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Smolka, hat sich heute vollzogen. Vizepräsident Baron Chlumecky brachte die Zuschrift zur Verlesung, in welcher Dr. Smolka seinen Mandatsverzicht zur Kenntnis bringt und hieran rührende Abschiedsworte knüpft. Chlumecky würdigte sodann in warmen Worten die Verdienste Smolkas und erhielt unter allgemeiner lebhafter Zustimmung die Ermächtigung, dem Präsidenten den Dank und die Versicherung der Hochachtung und Verehrung des Hauses auszudrücken. Es meldeten sich sodann die Klubobmänner zum Worte, um auch namens der einzelnen Parteien die Anerkennung und Dankbarkeit für die langjährige parlamentarische Thätigkeit zum Ausdrucke zu bringen. Unter stürmischem Beifall beantragte Dr. v. Plener, dem abtretenden Präsidenten eine Ehrendotation im jährlichen Ausmaße von 7300 fl. zu bewilligen. Der Antrag fand die einhellige Unterstützung des Hauses. Namens der Regierung erklärte Graf Taaffe, daß die Regierung den Antrag Plener freudig begrüße und, sobald derselbe angenommen sein wird, schleunigst Verfügung treffen werde, um dem Präsidenten die Ehrendotation zuzuwenden. Der Antrag Plener wurde hierauf einstimmig vom ganzen Hause angenommen, ebenso ein Zusatzantrag Dr. Steinwenders, daß die Büste Dr. Smolkas in der Säulenhalle des Parlaments aufgestellt werde.

Buda-Pest, 17. März. Bei der heutigen Beratung des Kultusbudgets im Abgeordnetenhause erklärte der Kultusminister Graf Csaky, die stärkste Rechtfertigung des kirchenpolitischen Programmes der Regierung liege in der veröffentlichten Denkschrift der Bischöfe. Dem Grafen Apponyi gegenüber erklärte der Minister, das Haus und die gesamte öffentliche Meinung würden schon in nächster Zukunft in die Lage kommen, sich mit den Einzelheiten der Vorlage zu beschäftigen. Der Justizminister stellte fest, daß bei der Beschlußfassung die Mehrheit des Ministerrates sich sehr entschieden und rückhaltlos für die allgemeine obligatorische Civilehe ausgesprochen habe. Er bestritt, daß durch die Civilehe, gleichviel ob sie obligatorisch oder fakultativ sei, irgend ein Gewissenszwang ausgeübt und irgend ein Dogma verletzt werde. Der Friede werde nur gesichert, wenn Kirche und Staat im eigenen Kreise mit vollständiger Freiheit wirkten und einander nicht zu beeinflussen suchten. Die Kirche selbst habe ein eminentes Interesse, die Harmonie mit dem Staate zu suchen. Abg. Polonyi beglückwünschte den Ministerpräsidenten zu dessen offenem Auftreten in dieser Frage, welches ihn davon überzeuge, daß der Ministerpräsident die Epoche eines ehrlichen politischen Systems anbahnen wolle. Der Ministerpräsident erklärte, er sei nicht gekommen, die

---

„Das war nur so eine unüberlegte Bemerkung", gab sie zurück, „nicht auf Sie gemünzt — nur im allgemeinen gesprochen."

„Nein, ich bin nicht so kühn, für mich eine Ausnahme zu beanspruchen. Sie haben vollkommen Recht übrigens; auch ich liebe es, die Augen jener zu sehen, mit denen ich spreche."

Die ersten Tage hindurch erschien ihr dieses Ausweichen seines Blickes, dieses unstete Irrende noch unheimlicher, aber entweder gewöhnte sie sich daran oder er machte Anstrengungen, diese Untugend abzulegen — sie merkte bald nichts mehr davon.

(Fortsetzung folgt.)

Konzert. Das gestrige Konzert der Dresdner Liedertafel, ausgezeichnet durch den Allerhöchsten Besuch Sr. Majestät des Königs, reihte sich in die besten musikalischen Aufführungen dieses Winters ein. Sämtliche Darbietungen des Vereins erwiesen ein wohlgeleitetes tüchtiges Studium und den angestrengten Eifer aller Mitwirkenden, möglichst treffliches zu leisten. Daß eine teilweise Verjüngung des Stimmmaterials notwendig ist, wird augenscheinlich von den führenden Personen in der „Liedertafel" selbst empfunden. Die ungünstige Veränderung in dieser Hinsicht ist ja eine natürliche Wirkung der Zeit und die Erwähnung derselben kann nicht zu einem Vorwurf werden, solange sich trotz geringer Klangfrische und -Fülle in den Tenören noch derart imponierende Produktionen ermöglichen lassen, wie wir sie gestern gehört haben. In allen Darbietungen herrschte bei vollendeter Sicherheit ein musikalisches Leben, ein Schwung, eine Singfreudigkeit, die wahrhaft erquickende und unmittelbare Eindrücke erzeugten und die Sängerschar noch im festesten Besitz ihrer oft gerühmten Vortragstugenden erscheinen ließen. Dazu war die Mehrheit der Ausführungen auch vom Wert der Kompositionen unterstützt und namentlich machte sich in den Neuheiten des Programms eine glückliche Wahl geltend. Müller-Reuters sechsstimmiges „Gebet", sehr gediegen und klangvoll im Satz und edel empfunden im Ausdruck, ein ganz prächtiger, natürlich und beschwingt mit warmem Wohllaut in der lyrischen Stimmung sich entfaltender Chor von A. Kayl und zwei Hegarsche Gesänge traten als wertvollste Stücke aus der Folge der Novitäten hervor. Allerdings überschreitet Hegar mehrfach die eigentliche Grenze vokaler Klangillustrationen und zeigt sich in seinem Drange nach üppigem Kolorit, nach tonmalerischen Effekten nicht immer rücksichtsvoll gegen die Natur der verwendeten Darstellungsmittel, aber in seinen Schaffen nimmt uns ein geistig frisches und originelles Element für seine Intentionen ein und neben der kernigen Melodik, der vielgestaltigen Rythmik, der wundervollen Tiefe mancher Harmonien, der Schlagfertigkeit des in jeder Stimmung und Empfindung charakteristischen Ausdrucks wendet als ein markantester Vorzug das vollkommene Abweichen des Autors von dem üblichen Geleise unserer Liedertafelkompositionen seinen Arbeiten die Teilnahme des Hörers zu. In dem schweizerischen Musiker ist diesem Kompositionsgenre ein entschiedenes Talent erwachsen; hoffen wir, daß es sich so stark und rein erweist, um die naheliegende Gefahr der Manieriertheit glücklich zu bestehen . . . In der Wiedergabe des „Schlafwandels" von Hegar entwickelten die Bässe der „Liedertafel" eine sonore Kraft, ebenso in Schuberts „Grab und Tod", in dessen vorletztem Takt man ein saftiges Es hörte.

Als solistisch Mitwirkende erschienen die preußische Hofopernsängerin Frl. Leisinger und der Violinvirtuos Felix Berber, beide aus Gesellschaftskonzerten einem Teil der Dresdner Musikfreunde schon bekannt. Frl. Leisinger sang mit großem Erfolg Lieder von Schubert, Brahms, Rubinstein ꝛc. Ihre helle sympathische Sopranstimme strahlt von blühender Gesundheit, ist herrlich ausgeglichen, fest und klar im Ton und wird von ihr in musikalisch feinem, künstlerisch fertigem Vortrag verwendet, mit entzückender Wirkung namentlich in ruhigen, anmutigen und neckischen Ausdrucksstellen. Sie mußte mehrere Stücke wiederholen und dem enthusiasmierten Publikum verschiedene Zugaben gewähren. Hr. Berber bestätigte insonderheit durch den Vortrag des Andante aus dem Mendelssohn'schen Konzert und der Romanze in Joachim, was wir gelegentlich seines ersten Auftretens über ihn schrieben: daß sein Ton Kern und Rundung hat, seine Technik bei gleichmäßiger Reinheit der Intonation allseitig zuverlässig ist und sein Vortrag Intelligenz und musikalisches Gefühl bezeugt. Für Aufgaben wie Wieniawski's Polonaise bleibt ihm allerdings noch ein höherer Grad von leichter Eleganz und Verve zu erreichen. Auch er fand nach Verdienst die allgemeine Anerkennung der Hörer. Hr. Müller-Reuter begleitete an einem Bechstein-Flügel die Solovorträge als trefflicher Pianist und Musiker. -v-

---

* **Ein Blatt aus der Geschichte** betitelt sich eine Skizze Henry Houssayes in der „Revue de Famille, la Vie contemporaine", in der er die Ankunft Napoleons I. in den Tuilerien nach seiner Flucht von Elba (20. März 1815) auf Grund bisher nicht veröffentlichter Dokumente schildert. Es wird darin einiges anders erzählt, als wir es bisher gewohnt waren. Es heißt in diesem Bericht: „. . . Schon der persönliche Charakter des damaligen Kaiserl. Hofes, stellte sich alsbald in den Tuilerien wieder ein. Nach Verlauf von zwei Stunden sah die angesammelte Menge vor den Portalen Staatsräte, Minister, Kämmerer und Hofbeamte vorfahren, alle in den Uniformen und Livreen des Kaiserreichs. Die Hofdamen, die Frauen der hohen Würdenträger ꝛc. erschienen in ihren Staatsroben mit Veilchen besteckt. . . . Man findet sich wieder, man beglückwünscht sich. Mit kindlicher Freude durcheilen die Frauen den Marschallsaal, die Dianengalerie, den Thronsaal, all die Orte der Feste, wo ihre Schönheit einst entzückte. In dem Thronsaal sehen sie, daß auf den Teppichen die Lilie allein angebracht ist; man entfernt eine solche, und darunter erscheint die Kaiserl. Biene! Diese Frauen in großer Toilette machen sich nun munter an die Arbeit und in weniger als einer halben Stunde tragen die Teppiche wieder das Kaiserl. Abzeichen. Allmählich erschienen in den Tuilerien die höchsten Namen des Kaiserreichs und eine Menge von Offizieren des Generalstabes, desgleichen die Königinnen Hortensie und Julie. Dieselben Thürsteher wie einst standen an den Pforten der Gemächer. Es schien, als ob die ganze Welt des Kaiserreichs wieder erwachen wollte von einem bösen Traum, der ein Jahr lang gedauert. Die Stunden vergingen so, Nacht und Nebel breiteten sich über Paris aus. Von Minute zu Minute erwartete man